

Herzlich willkommen!



«Medienkonferenz Grundsatzpapier vom 24. Juni 2008» Regierung Kanton Basel-Landschaft



Begrüßung und Einleitung

Regierungspräsidentin
Sabine Pegoraro

Die Absicht

Um der regierungsrätlichen Politik über die Legislaturperiode hinaus eine Perspektive zu geben, hat sich der Regierungsrat erstmals entschlossen, mittelfristig anzustrebende Grundsätze der regierungsrätlichen Politik zu formulieren und zu kommunizieren.

Der Kanton Basel-Landschaft heute

- Guter Wohnort und attraktiver Wirtschaftsstandort
- Wachstum der Wirtschaft über dem schweizerischen Durchschnitt
- Ausgeglichener Staatshaushalt
- Hoher Sicherheitsstandard
- Leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur
- Gute Schulen
- Gemeinsame Trägerschaft der Universität mit BS und der FHNW mit BS / AG / SO

Die Herausforderungen

- Gewährleistung eines guten sozialen Zusammenhaltes der Gesellschaft
- Vielfältiges Arbeitsplatzangebot für unterschiedliche Anforderungsprofile
- Sicherung eines gesunden Finanzhaushaltes
- Harmonisierung der Volksschule
- Gesundheitsbereich: medizinischer Fortschritt und demografische Entwicklung
- Erhaltung der sehr guten Sicherheitslage
- Nachhaltiger Umgang mit Umwelt, Energie Raumknappheit
- Verbesserung der Zusammenarbeit mit den 86 Baselbieter Gemeinden und den Nachbarn in der Region Basel

Die sieben Handlungsfelder

- Basel-Landschaft, ein sicherer, ein hervorragender Lebensraum
- Basel-Landschaft, ein nachhaltiger Kanton
- Basel-Landschaft, ein dynamischer Wirtschaftsstandort
- Basel-Landschaft, Politik über die Grenzen hinaus
- Basel-Landschaft, Bildung, die bedeutsame Investition
- Basel-Landschaft, aktiv und gesund leben bis ins hohe Alter
- Basel-Landschaft, ein Kanton, der von sich reden macht.



Politikbereich

**Finanz- und Kirchendirektion
(FKD)**

Regierungsrat Adrian Ballmer

Grundsätze der Finanzpolitik

- Gesunder und ausgeglichener Staatshaushalt
- Massvolle Besteuerung von Privaten und Unternehmen
- Stärkung der Zusammenarbeit mit den Gemeinden
- Fortsetzung der projektbezogenen Partnerschaft mit den Nachbarkantonen
- Erbringung von bürgerinnen- und bürgernahen Verwaltungsdienstleistungen
- Förderung der Eigenkräfte der Gemeinden sowie von Institutionen und Individuen

Grundsätze der Sozialpolitik

- Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Reduktion der Erwerbslosigkeit von Jugendlichen
- Abbau von Benachteiligungen durch eine aktive Gleichstellungspolitik

Vorhaben und Projekte der Finanzpolitik

- Einführung eines ERP-Systems auf den 1. Januar 2010
- Optimierung der Planungsinstrumente und des Berichtswesens auf die Legislaturperiode 2012 – 2015
- Weitere Optimierung der steuerlichen Rahmenbedingungen
- Totalrevision des Gesetzes zum Baselbieter Finanzausgleich
- Weiterführung der Partnerschaftsverhandlungen mit dem Kanton Basel-Stadt

Vorhaben und Projekte der Sozialpolitik

- Einführung eines Gesetzes über die familienergänzende Kinderbetreuung (FEB)
- Erweiterung des Angebotes an Teilzeitstellen auch im Kaderbereich
- Umsetzung der Strategie gegen die Erwerbslosigkeit Jugendlicher



Politikbereich Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD)

Regierungsrat
Urs Wüthrich-Pelloli

Bildungspolitik

1. Bildungsraum

Inhaltliche und strukturelle Harmonisierung im Rahmen des «Bildungsraumes Nordwestschweiz» schafft die Voraussetzungen für:

- eine bessere Ausschöpfung des Bildungspotenzials,
- mehr Bildungsgerechtigkeit und
- ein entwicklungsfähiges und zukunftstaugliches Bildungsangebot.

Bildungspolitik

2. Hochschulraum

Stärkung und erfolgreiche Positionierung der Fachhochschule Nordwestschweiz im gesamtschweizerischen und internationalen Wettbewerb der Hochschulstandorte, insbesondere durch:

- eine Erweiterung der Trägerschaft der Universität Basel um die Kantone Aargau und Solothurn und
- eine Profilierung der Hochschulen durch strategische Schwerpunktbildung.

Bildungspolitik

3. Integrationsraum

Die Weiterentwicklung der integrativen Schulungsangebote schafft die Voraussetzungen für eine Gesellschaft, in der alle Platz und Chancen haben.

4. Lebensraum Schule

Tagesstrukturen unterstützen die Integration und die Sozialkompetenz. Gleichzeitig werden die Chancen für die Ausschöpfung des Bildungspotenzials verbessert.

Bildungspolitik

5. Verflechtungsraum Oberrhein

Hochschul- und Forschungs Kooperationen über die Landesgrenzen hinweg bilden einen unverzichtbaren Grundpfeiler für die erfolgreiche Positionierung der Metropolitanregion Oberrhein.

6. Lernräume für Alle

Mit Bildungsoffensiven für alle Altersgruppen sichert der Kanton Basel-Landschaft:

- berufliche Mobilität,
- Entwicklungschancen in der Arbeitswelt und
- gesellschaftliche Stabilität.



**Politikbereich
Volkswirtschafts- und
Gesundheitsdirektion (VGD)
Regierungsrat Peter Zwick**

Wirtschaftsförderung

Die Vereinfachung des unternehmerischen Alltags ist im Grunde genommen der Kernsatz der Volkswirtschaftsdirektion. Dabei geht es um

- Vereinfachungen
- Entlastungen und
- Koordination

Wirtschaftsförderung

- Der ständige Kontakt zur Wirtschaft ist von allergrösster Bedeutung.
- Die Bestandespflege, also die Betreuung der bereits hier ansässigen Unternehmen, ist mindestens gleich wichtig wie die Anstrengungen um die Ansiedlung neuer Unternehmen.
- Die Wirtschaftsförderung des Kantons ist verstärkt worden.

Gesundheitswesen

- Wir sehen der vollen Freizügigkeit bei der Spitalwahl entgegen und sind neben der steigenden Komplexität auch dem Kostendruck ausgesetzt.
- Die Fallkostenpauschalen haben eine Vorläuferin: die Transparenz oder anders ausgedrückt die Kostenwahrheit.
- Mögliche Lösungen für ein gemeinsames Kompetenzzentrum für Geriatrie BL/BS im Zusammenhang mit dem Umbau und der Sanierung des Kantonsspitals Bruderholz sind skizziert.

Gesundheitswesen

- Bei der Gesundheitsförderung richtet sich der Fokus vor allem auf das Altern in Gesundheit (Stichwort: 64 plus).
- Der Kanton hat in der Alterspolitik eine klar definierte Rolle, die er auch gegenüber den Gemeinden noch verdeutlichen will.



Politikbereich

**Bau- und Umweltschutz-
direktion (BUD)**

Regierungsrat Jörg Krähenbühl

Drei Schwerpunkte

- Energie und Umweltschutz
- Mobilität
- Raumplanung

Energiestrategie mit vier Säulen

- Energieeffizienz
- Erneuerbare Energien
- Energieaussenpolitik
- Grosskraftwerke

Schwerpunkt liegt bei der Energieeffizienz

Umweltschutz

- Altlastendossier hat hohe Priorität
- Für die Deponien in Muttenz werden intensive Gespräche mit dem Bundesamt für Umwelt, den Verursachern und der Gemeinde geführt.
- Lösung im Rahmen der Altlastenverordnung

Mobilität

Motorisierter Individualverkehr

- Hochleistungsstrasse Pratteln–Liestal (HPL)
- Seit 1. Januar 2008 Neuer Finanzausgleich (NFA):
Nationale Autobahnen in der Verantwortung des Bundes
(auch Sanierungstunnel Belchen)
- Planung der Umfahrung Laufen–Zwingen

Mobilität

Öffentlicher Verkehr

- Margrethenstich / Erschliessung Leimental – Bahnhof SBB
- Verkehrsdrehscheibe Dornach – Arlesheim

Langsamverkehr

Priorität haben die Schulwegsicherung und die Eliminierung von gefährlichen Punkten und Strecken
(zum Beispiel Zwingen – Brislach oder Radstreifen Waldenburg)

Raumplanung

Wo soll sich unser Kanton wie entwickeln?

- «Salina Raurica»
- «Campus Muttenz»
- Flächenmanagement der kantonalen Verwaltung



Politikbereich

Justiz-, Polizei- und Militärdirektion (JPMD)

Regierungspräsidentin Sabine Pegoraro

Sicherheitspolitik

- Sicherheit ist kein Zustand, sondern ein Prozess.
- Die Sicherheitspolitik folgt dem Wandel der Gesellschaft oder – was noch besser ist – kommt ihm zuvor.

Sicherheitspolitik

- Nomen est omen: Vom 1. Juli 2008 an nennt sich die Direktion neu Sicherheitsdirektion.
- Neu sind auch zwei Aufgaben: die Integration und die Familienpolitik.
- Gewalt- und Suchtprävention: Nach Cannabis und Alkohol liegt der Schwerpunkt in der Zukunft beim Internet und den neuen Kommunikationstechnologien (Stichworte: Kriminalität via Internet und Gewaltverherrlichung im Netz oder per Handy).
- Eine konsequente Strafverfolgung verbessert sowohl die objektive Sicherheitslage als auch das subjektive Sicherheitsgefühl.

Sicherheitspolitik

- Der Kanton baut die Sicherheitskooperationen mit allen Partnern aus: mit den Gemeinden (Stichwort: «Runde Tische»), anderen Kantonen (geplantes Jugendvollzugszentrum für junge Erwachsene) und dem Ausland (Umsetzung der Schengen / Dublin-Abkommen).
- Einführung des neuen Staatsanwaltschaftsmodells.
- Umsetzung des Integrationsgesetzes («Fördern und Fordern»).
- Bau des neuen Strafjustizentrums in Muttenz bis spätestens 2012.



Perspektive der Jugend

Konrektor Reinhard Straumann,
Gymnasium Münchenstein



**Besten Dank
für Ihre Aufmerksamkeit!**

**Sie sind zum Apéro
herzlich eingeladen**